

Antrag Nr. 09

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 177. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 11. Mai 2022

STEIGENDE TREIBSTOFFPREISE – ÖKOLOGISCHE ALTERNATIVEN AUSBAUEN UND GESAMTREFORM PENDLERPAUSCHALE VORANTREIBEN

Die aktuelle Energiepreisinflation zeigt sich auch bei den Treibstoffpreisen. Die Preise für Diesel und Benzin an den österreichischen Tankstellen haben im Laufe des Jahres 2021 das Niveau von 2019 überschritten und liegen Anfang 2022 mit circa 1,8 Euro pro Liter auf historischen Höchstständen. Auch wenn die kaufkraftbereinigten Preise im historischen und internationalen Vergleich keineswegs dramatisch sind, ist der Preisanstieg der letzten Monate natürlich eine finanzielle Belastung für die privaten Haushalte. Die Politik muss das Thema auch insofern ernst nehmen, als der Start der CO₂-Bepreisung ab Mitte 2022 die Preise inklusive Umsatzsteuer noch einmal um circa 10 Cent pro Liter verteuern wird. Die französischen Gelbwesten haben gezeigt, wie schnell die politische Akzeptanz der CO₂-Bepreisung kippen kann.

Besonders betroffen sind die Pendler:innen, die auf das Auto angewiesen sind und längere Distanzen zurücklegen müssen. Für eine/n Pendler:in mit 40 km einfache Wegstrecke summiert sich der Preisanstieg von 60 Cent pro Liter auf mehr als 650 € im Jahr. Rund 2/3 der 1,3 Millionen Arbeitnehmer:innen mit Anspruch auf Pendlerpauschale haben keinen Zugang zu einer zumutbaren ÖV-Verbindung. Knapp 200.000 Pendler:innen davon pendeln längere Distanzen von 40 km einfache Wegstrecke oder mehr.

Neben einer sozialpolitischen Dimension hat die Energiepreisinflation auch eine klimapolitische Bedeutung. Viele Ökonom:innen erwarten, dass die Verteuerung fossiler Treibstoffe einen zusätzlichen Anreiz zum Umstieg auf ökologische Alternativen setzt. Das ist allerdings nur dort plausibel, wo diese Alternativen auch in leist- und zumutbarer Form zur Verfügung stehen. In allen anderen Fällen führen die steigenden Preise nur zu einer Steigerung der Lebenshaltungskosten. Um der sozialpolitischen und der klimapolitischen Dimension der Treibstoffinflation gerecht zu werden, braucht es nicht nur eine Stärkung der ökologischen Alternativen, sondern auch eine sozial-ökologische Anpassung der steuerlichen Rahmenbedingungen für den Berufsverkehr.

Vor diesem Hintergrund fordert die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien:

- Befristete Senkung der Besteuerung von Treibstoffen zur Abfederung der Preissteigerungen.
- Valorisierung des Kilometergeldes auf 50 Cent pro Kilometer.
- Gesamtreform des Pendlerpauschales in Richtung eines kilometerabhängigen Absetzbetrages, der Pendler:innen mit kleinen und mittleren Einkommen effektiv entlastet.
- Ökologisierung des Pendlerpauschales: Wenn der Arbeitgeber nur einen Teil des Klimatickets ersetzt, soll die Differenz zwischen Pendlerpauschale und Jobticket als Werbungskosten abgesetzt werden können, damit Job- und Klimaticket finanziell attraktiver werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich